

Preis 0,10 DM

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

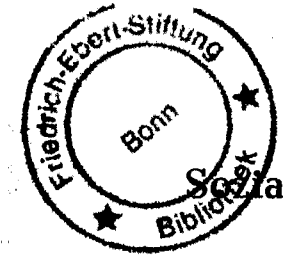
SPD

SPD

SPD

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

A 97 - 08265



A 97 - 08265

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Das traurige Erbe des Nationalsozialismus

Die demokratischen Kräfte Deutschlands hatten nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches im Jahre 1918 mit der Verantwortung die ganze Last des Wiederaufbaues zu übernehmen. Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches im Jahre 1945 wartete ihrer die gleiche Aufgabe, aber unter unvergleichlich schlechteren Bedingungen. Der Nationalsozialismus, der bei seiner „Machtübernahme“ einen intakten und leistungsfähigen Produktionsapparat vorfand, zerstörte die Verbindungen Deutschlands zum internationalen Handel und in den internationalen Dienstleistungen. Durch den Krieg zerstörte Wohn- und Produktionsstätten, Demontagen und Reparationen haben die Fähigkeit des deutschen Volkes, sich durch friedliche Arbeit und durch Beteiligung am Wettbewerb des internationalen Marktes zu ernähren, gegenüber dem Stand im Jahre 1936 um rund ein Drittel vermindert. Ueberdies ist die deutsche Bevölkerung bei verringerten Produktions- und Erwerbsmöglichkeiten auf ein erheblich verkleinertes Gebiet zusammengedrängt worden.

Unheilvolle nationalistische Tendenzen und ein gefährlicher Radikalismus sind schon einmal auf ähnlichem gesellschaftlichem Boden entstanden. Die heutigen Verhältnisse beschwören solche Gefahren um so mehr herauf, als sich der Neuaufbau Deutschlands unter den Auflagen der Besatzungsmächte vollziehen muß. Menschen, die unzureichende Erwerbsmöglichkeiten und einen gedrückten Lebensstandard haben, sind nur schwer zur Demokratie zu erziehen, denn die Voraussetzung zur Demokratie ist die wirtschaftliche Gesundung.

Neue Wirtschaftsgrundsätze notwendig

Die künftige deutsche Wirtschaftspolitik hat die entscheidende Rolle in der Lösung der uns gestellten Aufgaben zu übernehmen. Die Wirtschaftspolitik mit den bisherigen Mitteln fortzusetzen, ist unmöglich. Ohne Zweifel haben diese Mittel der Wirtschaftspolitik in allen beteiligten Ländern wesentlich zur Gefährdung des Friedens beigetragen. Soll der innere und äußere Frieden gewonnen und gesichert werden, dann müssen neue und bessere Grundsätze nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft zur Geltung kommen. Die verantwortliche Mitwirkung des einzelnen und die demokratisch-parlamentarische Kontrolle durch das Volk müssen ermöglicht werden.

Internationale Zusammenarbeit

Die Sozialdemokratie hat die Pflege der internationalen Beziehungen und die Arbeit im Interesse der Völkerverständigung stets zu ihren vornehmsten Aufgaben gerechnet. Die friedliche Entwicklung Europas und der zu erstrebende Wohlstand seiner Völker verlangen heute die europäische Wirtschaftseinheit. Die Souveränität der einzelnen Nationalstaaten erwies sich nach zwei Weltkriegen als Anachronismus, sie muß aufgehen in der höheren Souveränität der europäischen Völkergemeinschaft. Die nationalen Zielsetzungen der europäischen Völker können nur noch mit dem Willen zu internationaler Verständigung und durch das Mittel der internationalen Zusammenarbeit verwirklicht werden.

Die Sozialdemokratie bejaht daher die Europa-Bewegung. Unter gleichberechtigter Teilnahme deutscher Vertreter aller politischen Richtungen hat diese Bewegung auf ihrer letzten Wirtschaftskonferenz Vorschläge ausgearbeitet, deren Verwirklichung auf dem Gebiete der Grund- und Rohstoffindustrien sowie des Verkehrs, der gemeinsamen Planung der Investitionen, der Erzeugung, des technischen Fortschrittes usw. in absehbarer Zeit zu einer übernationalen Europa-

Wirtschaft führen können. Der ungehinderte Verkehr von Menschen und Gütern in Europa ist Voraussetzung für Freiheit, Frieden und Wohlstand. Für Deutschland ist die Teilnahme am Aufbau des neuen Europas von entscheidender Wichtigkeit. Dadurch wird es möglich sein, die zum Teil von Sicherungsbedürfnissen diktierten wirtschaftlichen Maßnahmen der Alliierten in Deutschland auf die Lebensbedürfnisse Deutschlands und der europäischen Gemeinschaft abzustimmen. Reparationen, Demontagen und Restitutionen sowie die einseitigen Vorschriften für das Ruhrgebiet müssen mit den Erfordernissen einer gesamteuropäischen Wirtschaft in Uebereinstimmung gebracht werden.

Die Sozialdemokratie tritt dafür ein, daß Deutschlands ganze Kraft für die großen übernationalen Ziele eingesetzt wird. Wenn die ursprünglich vorgesehenen instruktiven Maßnahmen der westlichen Alliierten zugunsten der deutschen Wirtschaft etwas gemildert werden konnten, so ist dies nur darauf zurückzuführen, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit bei gleichberechtigter und gleichverpflichtender Mitwirkung Deutschlands immer mehr durchsetzt. Diese Erkenntnis hat mit der Verkündung des Marshallplanes begonnen und in dem ERP (Europäisches Hilfs-Programm) ihren ersten praktischen Niederschlag gefunden.

Für die Sozialdemokratie ist es ein unverrückbares Ziel, das gesamte Deutschland einem geeinten Europa einzufügen.

Sozialisierung und Wirtschaftskontrolle

Die Forderung der Sozialdemokratie nach Sozialisierung der Grundstoff- und Produktionsmittel-Industrien ist unabdingbar. Sie findet ihre Berechtigung im Ablauf der Geschichte der deutschen sowie der europäischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Das Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunkturen, die Krisen — insbesondere die Arbeitslosigkeit —, die Zerrüttung des Friedens und das allgemeine Elend haben hier ihren Ursprung. Auf der europäischen Wirtschaftskonferenz im April d. J. waren es hauptsächlich die Vertreter der Schwerindustrien, welche die Herbeiführung einer auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage beruhenden europäischen Wirtschaftseinheit zu verzögern trachteten.

Bittere Erfahrungen lehren uns die Notwendigkeit der demokratisch-parlamentarischen Kontrolle über die Erzeugung von Kohle, Eisen, Stahl, Elektrizität sowie über wichtige Teile der Produktionsmittel-Industrien. Die unkontrollierte Verfügung der privaten Hand über diese Wirtschaftskräfte muß beseitigt werden, wenn die Rückkehr zu einer Wirtschaftspolitik vermieden werden soll, die aus nationalistischem Egoismus erneut Frieden und Sicherheit der Völker sowie die Arbeitskraft des einzelnen bedroht. Demokratisch-parlamentarische Kontrolle verlangen wir für alle jene Wirtschaftsbereiche, die eine Zusammenballung wirtschaftlicher Macht bedeuten, wozu auch Banken und Versicherungen gehören, soweit sie als Stellen der Kapitalansammlung wirtschaftspolitischen Einfluß auf Investitionstätigkeit und Finanzpolitik haben. Hierüber wird noch an anderer Stelle zu sprechen sein.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert diese Sozialisierung nach den bitteren Erfahrungen in der Weimarer Republik, welche die Unzulänglichkeit einer nur politischen Demokratie bewiesen haben. Die geplante Form der Sozialisierung ist zugleich Verneinung jeder Art von Reglementierung oder Zwangswirtschaft von Staats-Kapitalismus oder Staats-Beamtenwirtschaft für das gesamte wirtschaftliche Leben. Die Sozialdemokratie fordert bei den in Frage stehenden Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit auf der Grundlage einer kontrollierten Wirtschaftsführung. Die sozialisierten Unternehmen müssen mit den nichtsozialisierten Unternehmen konkurrieren. Die sozialisierten Betriebe können auch in allen bisher bekannten Organisationsformen von der Aktiengesellschaft bis zur Genossenschaft weitergeführt werden. Entscheidend ist, daß in den sozialisierten Betrieben Betriebsführung und Betriebspolitik nicht mehr ausschließliche Angelegenheiten des Betriebes sind, sondern der ständigen Kontrolle eines Gremiums unterliegen, das sich aus der Betriebsleitung, aus Fachleuten der Verwaltung, der Gewerkschaften und des Parlaments zusammensetzt. Die

Sozialisierung der Klein- und Mittelbetriebe der Industrie, des Handels und des Handwerks ist nicht beabsichtigt.

Die Sozialisierung ist selbstverständlich nur auf gesetzlichem Wege und unter maßgebender Mitwirkung der Gewerkschaften durchzuführen. Sie ist eine innerdeutsche Angelegenheit, in der die wiedergewonnene staatliche Hoheit ihren Ausdruck findet.

Investitionen

Der Wiederaufbau und Neubau von Wohnungen, Arbeitsstätten und kulturellen Einrichtungen zur Hebung unseres Lebensstandards sind nur durch Verbesserung der Produktionsleistungen möglich. Es bedarf dazu der privaten und öffentlichen Initiative und stellt an die schaffenden Menschen höchste Anforderungen; denn die Mittel für den Wiederaufbau können im wesentlichen nur dem erarbeiteten Sozialprodukt entnommen werden.

Daher ist es ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit wie auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit, der Arbeitskraft den bestmöglichen Schutz zu gewähren, sie durch sinnvollen Einsatz und mit Hilfe des technischen Fortschrittes zu höchster Produktivität zu entfalten. Das erarbeitete und für Investitionen zur Verfügung stehende Kapital ist sorgfältig nach nationalwirtschaftlichen und europawirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwenden und zu verwalten.

Wiederaufbau nach einheitlichen Richtlinien

Für die Grundzüge des Wiederaufbaus von Wohnungen, Arbeitsstätten und sonstigen Einrichtungen, für die Höhe der benötigten Mittel und die Art ihrer Verwendung müssen allgemeinverbindliche Richtlinien aufgestellt werden. Diese Richtlinien müssen den sozialen, volkswirtschaftlichen und währungswirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen und die Bedürfnisse in den einzelnen deutschen Ländern berücksichtigen. Sie werden aufgestellt unter Mitwirkung des Parlaments und der Fachkräfte der Wirtschaft, Verwaltung und Gewerkschaften. Eine Koordinierung mit der öffentlichen Finanz-, Steuer- und Kreditpolitik ist notwendig. Das gemeinsame Ziel aller Maßnahmen muß die Vermeidung von Fehlinvestitionen und die Hebung des allgemeinen Wohlstandes sein, so daß allen Schichten der Bevölkerung Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, Ausbildung und Versicherung gewährleistet wird.

Die wichtigsten Investitionen und damit der Kapitalmarkt (Kredite, Anleihen, Subventionen) müssen der demokratisch-parlamentarischen Kontrolle und Lenkung unterworfen werden. Das ist nur möglich, wenn diesen Kontrollen auch die Träger und Verwalter der großen Kapitalien, nämlich die Großbanken ebenso wie die Spezialbanken (Wiederaufbaubank, Industrie- und Kreditbank, Rentenbank, Kreditanstalt), unterliegen.

Finanzierung und Kapitalbeschaffung

Die deutsche Wirtschaft kann die ihr gestellten Aufgaben ohne die Hilfe ausländischen Kapitals nicht lösen. Fremde Mittel werden aber nur dann zur Verfügung stehen, wenn ihre rationelle und produktive Verwendung für friedliche Zwecke im Rahmen einer europäischen Wirtschaft gesichert ist. Diese Mittel werden auch den sozialisierten Bereichen der Wirtschaft zur Verfügung stehen, wenn diese bei Erhaltung von Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit volle Produktivität unter Beweis stellen.

Die für den Wiederaufbau notwendigen inländischen Kapitalien werden zum Teil durch Eigenfinanzierung aufgebracht werden müssen, unbeschadet der etwa notwendig werdenden demokratisch-parlamentarischen Investitionskontrollen oder Lenkung. Im übrigen werden diese Kapitalien aus Steuermitteln und aus der Masse der kleinen Ersparnisse fließen. Die Sicherung der Steuereingänge, die Förderung der Spartätigkeit und beider Einschaltung in den allgemeinen Plan der Investitionen sind wichtige, öffentliche Aufgaben.

Produktion und Verteilung des Sozialprodukts

Steigerung der Produktion

Nur durch sinnvolle und planmäßige Steigerung der Produktion können die Folgen des zweiten Weltkrieges in Deutschland und Europa überwunden werden.

Die Steigerung der Produktion setzt die Koordinierung aller vorhandenen Kräfte voraus. Neben den planvoll gelenkten Investitionen, der Anwendung neuester technischer Errungenschaften, einer sorgfältig ermittelten Auswahl der Betriebsstandorte, einer technisch-optimalen Betriebsgröße kommt es auf rentable und rationelle Betriebsführung an. Die Sozialdemokratie bringt den Klein- und Mittelbetrieben sowie den genossenschaftlichen Zusammenschlüssen besondere Sympathie entgegen. Aber auch die nationale wie die europäische Verbundwirtschaft hat insbesondere in der Energieerzeugung eine entscheidende Rolle zu spielen. Kartelle und andere Zusammenschlüsse sind unter demokratisch-parlamentarischer Kontrolle zu bringen, sofern sie aus technischen Gründen im Interesse der Produktionssteigerung nicht zu umgehen sind. Von Bedeutung für die Steigerung der Leistung ist ferner ein rechtlich ausgeglichenes Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Arbeitsleistung des Menschen ist auch abhängig vom Lebensstandard, nämlich der Verteilung des Sozialprodukts.

Verteilung des Sozialprodukts

Das erarbeitete Sozialprodukt wird allgemein in Löhne, Unternehmensgewinne, Renten und Steuern aufgeteilt. Die Entwicklung der Produktion zur Massenproduktion sowie die politische und gewerkschaftliche Stärkung der Arbeitnehmer haben im Interesse der Kaufkraft den Löhnen gegenüber den Unternehmensgewinnen eine größere Bedeutung gegeben. Diese Entwicklung beeinträchtigt keineswegs die Kapitalbildung und die Steuereinnahmen des Staates. Sie ist vielmehr nur ein Verteilungsumweg, der in der modernen Wirtschaft das Gegenstück zu den Produktionsumwegen abgibt. Die direkte Kapitalbildung aus Unternehmensgewinnen hat sich in die indirekte über steigende Löhne und Gehälter gewandelt. Der Konsum der arbeitenden Massen läßt Banken und Sparkassen zu Sammelstellen des Kapitals werden. Der Sinn dieser Veränderung ist die Hebung des Wohlstandes der Massen, die Herstellung einer besseren sozialen Ordnung und die Hebung der Erzeugungsmoral.

Die Sozialdemokratie wird aus wirtschaftlicher Erkenntnis heraus diese Entwicklung zusammen mit den Gewerkschaften zielbewußt unterstützen. Sie fordert eine Wirtschaftspolitik, die dem Arbeitnehmer in gebührender Weise nicht nur die notwendige Verantwortung in der Produktion, sondern auch den gebührenden Anteil an der Güterverteilung zubilligt. Sie fordert eine Wirtschaftspolitik, in der es nicht auf die Vermehrung des Reichtums einiger weniger, sondern auf die Hebung des allgemeinen Wohlstandes ankommt.

Löhne und Preise

Für die Zeit des Wiederaufbaues muß den Steuereinnahmen des Staates bei der Verteilung des Sozialprodukts der Vorrang zugebilligt werden. Die arbeitenden Menschen werden nur nach und nach das verdiente Maß an Wohlstand erlangen können. Darum ist es notwendig, eine kombinierte Lohn- und Preispolitik zu fordern, welche die Erholung der Wirtschaft und die neue Kapitalbildung nicht wie bisher auf Kosten der breiten Masse gehen läßt. Die Sozialdemokratie lehnt es angesichts der Güterknappheit ab, in einer sogenannten „freien“ Wirtschaft die Preise sich „auspendeln“ zu lassen. Nach der Währungsreform wurde dieses Verfahren erneut geübt, und es hat sich wiederum gezeigt, daß die Preise der knappen Güter für die Masse der Arbeitenden unerschwinglich sind. Vom modernen Staat muß gefordert werden, daß er für die gerechte Verteilung lebenswichtiger Güter sorgt. Preise, die aus zu knappem Angebot und zu starker Nachfrage entstanden sind, entfernen sich zu weit von ihrer gerechtfertigten Grundlage, nämlich den Produktionskosten. Diese Preise laufen den Löhnen davon und sind nur für wenige erschwinglich.

Die Sozialdemokratie fordert die Lenkung der Produktion, um die gerechte Verteilung zu ermöglichen. Wenn bei Knappheit der Güter keine Lenkung einsetzt, wird die Bewirtschaftung unvermeidlich. Jede Form der Zwangswirtschaft wird von der Sozialdemokratie abgelehnt.

Gewerkschaften und Unternehmerverbände

In den Betrieben sind die Gewerkschaften die Träger einer Entwicklung, die den friedlichen, demokratischen und fortschrittlichen Zielen der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik entspricht. Mit ihrer Hilfe wird es möglich sein, die Grundsätze der Demokratie auch auf das Wirtschafts- und Betriebsleben zu übertragen. Im Interesse des politischen wie des wirtschaftlichen Friedens muß die wirtschaftliche Macht auf breitester Grundlage gestellt werden, um ihren Mißbrauch zu verhindern.

In einem demokratischen Staat muß es freie Unternehmerverbände auf fachlicher Grundlage geben. Wenn sie fortschrittliche Anschauungen aus dem modernen Wirtschaftsablauf gewonnen haben, dann werden sie sich auch ihrer demokratischen Funktionen und Aufgaben bewußt werden und Mitträger der künftigen Wirtschaftspolitik im Interesse des allgemeinen Wohlstandes sein können. Auch die sozialisierten Betriebe sollen diesen Verbänden angehören.

Diesen Unternehmerverbänden werden die Gewerkschaften als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Partner gegenüberstehen. Den Gewerkschaften fällt neben den erwähnten wirtschaftspolitischen Aufgaben die demokratische, wirtschaftspolitische Ausbildung der Betriebsangehörigen zu. Die hier heranzubildenden Kräfte sollen bei hoher fachlicher Befähigung in allen entscheidenden Fragen der Wirtschafts- und Betriebspolitik die gleichberechtigten Verhandlungspartner stellen.

Die Sozialdemokratie sieht in einer einheitlichen, von politischen Parteien unabhängigen, aber politisch bewußten Gewerkschaftsbewegung die beste Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte aller schaffenden Menschen. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, Freiheit und Sicherheit des Arbeitnehmers in der Wirtschaft zu verteidigen. Sie müssen dafür sorgen, daß Wirtschaft und Produktion in erster Linie dem arbeitenden Menschen dienen.

Freie oder gelenkte Wirtschaft?

Der Versuch, dem deutschen Volke in der gegenwärtigen Situation die sogenannte „freie Wirtschaft“ anzupreisen, heißt, Zustände wiederherstellen zu wollen, die uns die „Segnungen“ der Wirtschaftskrise und zwei Weltkriege gebracht haben, heißt, die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit auf Kosten der Rechte und der Wohlfahrt des deutschen Volkes außer acht lassen, heißt schließlich, mit Vorstellungen Propaganda machen, die schon seit langem überholt sind.

Sowohl der vielgepriesene Automatismus des freien Marktes, wie auch die „freie Wirtschaft“ selbst wurden bereits vor Jahrzehnten durch Zusammenschlüsse der Unternehmer und Unternehmungen und durch die von ihnen getroffenen Vereinbarungen zur Ausschaltung des Wettbewerbs und zur Stützung der Preise außer Kraft gesetzt. Seit Jahrzehnten bemühen sich die Produzenten, im Widerspruch zu den Regeln einer freien und selbstverantwortlichen Wirtschaft, normale und außergewöhnliche Risiken auf den Staat, auf die Allgemeinheit, d. h. auf die Masse der Verbraucher, in der Form von Steuernachlässen, Subventionen oder Arbeitslosigkeit abzuwälzen, ohne diesen die ihnen gebührenden Rechte einzuräumen.

Was man heute „freie Wirtschaft“ nennt, ist nur die eine Seite dieses „Spiels der freien Kräfte“, nämlich die Sicherung und Ausbeutung der wirtschaftlichen Vorteile, die dieses System seinen Nutznießern dann gewährt, wenn die Konjunktur steigt. Wenn aber die Konjunktur sinkt, wenn die in diesem System unausbleiblichen Krisen kommen und die Vorteile schwinden, dann rufen dieselben Kreise bis zur Wiederherstellung des alten Zustandes nach staatlichen

Eingriffen und planenden Auflagen. Der ständige Wechsel dieses Spiels ist allerdings weniger in der Unmenschlichkeit der Beteiligten, als in der unerbittlichen Logik und Konsequenz der Gesetze dieses Wirtschaftssystems zu suchen, das zugunsten der unternehmerischen Freiheit doch zu Lasten der Allgemeinheit auf eine Wirtschaftsplanung verzichten zu müssen glaubt.

Das deutsche Volk hat jetzt die Entscheidung zu treffen, ob das Spiel mit der „freien Wirtschaft“ wieder von vorn beginnen soll, ob ihre Gesetze wiederum mit den voraussehbaren, nachteiligen Folgen für die um politischen Frieden und wirtschaftliche Sicherheit ringenden Menschen in Kraft gesetzt werden sollen, oder ob an ihre Stelle neue, bessere, ausgeglichene Formen der Wirtschaft treten sollen.

Die Sozialdemokratie fordert, aus den Tatsachen die Schlußfolgerung zu ziehen: Die demokratischen Errungenschaften und Fortschritte des politischen Lebens dürfen nicht erneut durch die Auswirkungen einer überholten Wirtschaftsform gefährdet werden. Denn die Produktion, d. h. die Beschäftigung von Menschen und die Verfügung über wirtschaftliche Macht ist heute keine Privatangelegenheit der Unternehmer mehr, ebensowenig wie es die Arbeitslosigkeit ist.

Wirtschaftliche Planung notwendig

Umfang und Richtung der Produktion müssen daher künftig in großen Zügen unter Berücksichtigung des deutschen und europäischen Bedarfs sowie der technischen Gegebenheiten und der erreichbaren Rohstoffe von den Fachleuten der Wirtschaft und Verwaltung unter parlamentarischer und gewerkschaftlicher Mitwirkung geplant werden, um den Mangel zu bekämpfen und um Katastrophen wie Krisen und Kriege zugunsten einer ständig verbesserten Versorgung zu verhindern. Die praktischen Mittel zur Verwirklichung dieser Planung bietet die Steuer-, Investitions- und Kreditpolitik, die der Kontrolle der Öffentlichkeit unterliegt.

Nach den klaren Auflagen, die der Marshallplan zugunsten einer europäischen Produktions- und Wirtschaftsplanung gemacht hat, nach dem wirtschaftlichen Zusammenschluß, den die Länder des Europäischen Erholungsprogramms (ERP) in der „Organisation of European Economic Cooperation“ (OEEC) gefunden haben, und nach den praktischen Empfehlungen der Europäischen Wirtschaftskonferenz des European Movement vom April d. J. in London ist für das verarmte Deutschland die gelenkte Wirtschaft eine Lebensfrage.

Zentrale staatliche Lenkungsmaßnahmen haben sich in allen fortgeschrittenen Industriestaaten längst bewährt. Sie sind auch in Deutschland unumgänglich. Dennoch will die Sozialdemokratie so viel wirtschaftliche Selbstverwaltung wie nur irgend möglich unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der Verbraucher schaffen und der indirekten Lenkung vor der direkten den Vorzug geben. In diesem Zusammenhang werden, zum Teil mit Recht, Vorwürfe gegen die Zunahme der Bürokratie erhoben. Es war aber die sogenannte „freie Wirtschaft“, die zu Lasten der Produktivität und der Senkung der Produktionskosten eine Wirtschaftsbürokratie errichtet hat, die nur deshalb nicht kritisiert wird, weil sie der Öffentlichkeit verborgen gehalten und als private Angelegenheit betrachtet wird. Die Bürokratie muß, gleich ob privat oder öffentlich, kontrolliert werden und ist überall da zu bekämpfen, wo sie sich aus einer dienenden Funktion zur beherrschenden Macht des Staates oder privater Wirtschaftskreise entwickelte.

Landwirtschaft

Die Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft in Gegenwart und Zukunft gestellt sind, werden nur bei einer ausreichenden Ernährung zu lösen sein. Deutschland braucht billige und gute Nahrungsmittel. Auch in der Landwirtschaft sind, um die Produktion steigern zu können, erhebliche Investitionen verschiedener Art nötig. So ist die Agrartechnik besonders in den Klein- und Mittelbetrieben anzuwenden und das landwirtschaftliche Ausbildungswesen für alle Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf einen modernen Stand zu bringen. Schließ-

lich bedarf die Lage der Landarbeiter einer Verbesserung unter Anwendung der Grundsätze, die für die allgemeine Hebung des Lebensstandards als notwendig erkannt werden. Im übrigen stehen Art und Umfang der landwirtschaftlichen Investitionen sowie die Bereitstellung der dafür benötigten Mittel ebenfalls unter den strengen volkswirtschaftlichen und europäischen Gesichtspunkten, wie sie weiter oben in den Ausführungen über „Investitionen“ dargelegt worden sind. Ohne die deutschen landwirtschaftlichen Gebiete östlich der Oder und Neiße ist es jedoch immer unmöglich, eine einigermaßen ausreichende Menge an landwirtschaftlichen Gütern zu produzieren und das für Deutschland nötige innere Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Einfuhr ohne fremde Hilfe zu erlangen. Im übrigen entspricht der Sozialisierung von Industriezweigen in der Landwirtschaft die Forderung nach einer vernünftigen, auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Bodenreform zugunsten des Klein- und Mittelbesitzes und die Forderung nach einer modernen Agrarstruktur und Agrarverfassung. Die Art und Methode der in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten Bodenreform ist ebenso abzulehnen wie der mit dem Genossenschaftswesen zugunsten des kommunistischen Staatskapitalismus betriebene Mißbrauch. Das Genossenschaftswesen ist vielmehr auf echter demokratischer Grundlage besonders zu fördern. — Die für Saat- und Viehzucht sowie für technische Versuche, notwendigen Großgüter sind in ausreichendem Maße zu erhalten.

Flüchtlinge und Vertriebene

Not und Elend der Flüchtlinge und Vertriebenen gehören zu den furchtbarsten Folgen des nationalsozialistischen Krieges. Nach Auffassung der Sozialdemokratie wäre es unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten wohl vermeidbar gewesen, diesen Menschen die Heimat zu nehmen. Die SPD hat als erste und lange Zeit als einzige Partei in Deutschland die Forderung nach einer Wiederherstellung der Ostzone erhoben. Sie tritt auch weiterhin mit allem Nachdruck für die Rückgewinnung der Heimat für die Ostvertriebenen ein.

Heute ist es eine Verpflichtung des gesamten deutschen Volkes, das Los der Vertriebenen zu erleichtern. Die Sozialdemokratie fordert gesetzliche Grundlagen zur vordringlichen Berücksichtigung der Flüchtlinge und Vertriebenen in allen Berufs- und Gewerbebezügen einschließlich der Landwirtschaft.

Für sie und die übrigen durch den Krieg Geschädigten fordert sie weiter unverzüglich die endgültige Regelung des Lastenausgleichs, die die ungerechte, meist auf dem bloßen Zufall beruhende Besitzverteilung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Vernunft korrigiert.

Die Grundlagen des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms

Internationale Zusammenarbeit,
Sozialisierung wichtiger Bereiche der Wirtschaft,
Lenkung und
Demokratisierung

sind die Grundlagen des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms. Seine Ziele sind die wirtschaftliche und politische Befriedigung, die Befreiung von Krieg und Krisen, die wirtschaftliche Sicherheit des einzelnen und die Hebung des allgemeinen Wohlstandes. Es ist notwendig, politische Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Demokratie, soziale Gerechtigkeit, internationale Zusammenarbeit setzen jedoch politisch freie und gesunde Nationalwirtschaften voraus. Das aber bedeutet für Deutschland die Wiederherstellung seiner politischen und wirtschaftlichen Einheit auf der Grundlage der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit.

